

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuß**

6. Sitzung  
am Mittwoch, dem 2. Oktober 1996, 10.00 Uhr  
im Sitzungszimmer des Landtages



## **Anwesende Abgeordnete**

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Vorsitzende

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Thomas Stritzl (CDU)

in Vertretung von Uwe Eichelberg

Silke Hars (CDU)

Martin Kayenburg (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

## **Fehlende Abgeordnete**

Birgit Küstner (SPD)

## **Landtagsverwaltung**

MR Manfred Neil

Ang. Dörte Schönfelder

## **Weitere Anwesende**

Siehe Anlage



<b>T a g e s o r d n u n g :</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Gespräch mit Vertretern der Bürgschaftsbank SchleswigHolstein GmbH und der Gesellschaft für Wagniskapital/Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH über Geschäftsergebnisse und die weitere Aufgabenentwicklung</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Information/Kenntnisnahme</b>  Umdruck 14/127	<b>7</b>
<b>3.</b>	<b>Aufnahme von Überlegungen zur Planung und Realisierung eines Ersatzbauwerkes für die Eisenbahnhochbrücke über den Nordostseekanal bei Rendsburg</b> Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/219(Überweisung am 27. September 1996)	
<b>4.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>7</b>

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Auf Antrag des Abg. Müller setzt der Ausschuß einstimmig die Beratung des Tagesordnungspunktes 3, Aufnahme von Überlegungen zur Planung und Realisierung eines Ersatzbauwerkes für die Eisenbahnhochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg, Drucksache 14/219, von der Tagesordnung ab. Der Punkt soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 23. Oktober 1996 behandelt werden. Im übrigen wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Gespräch mit Vertretern der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH und der Gesellschaft für Wagniskapital/Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH über Geschäftsergebnisse und die weitere Aufgabenentwicklung**

hierzu: Umdrucke 14/148, 14/153

GF Köberle von der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein führt einleitend u.a. aus, daß in 1995 durch Fremdmittelfinanzierung schleswig-holsteinischen Betrieben etwa 1,2 bis 1,3 Milliarden DM zur Verfügung gestellt werden konnten. Diese Summe entspreche dem Zweieinhalbfachen des eigenen Geschäftsvolumens von 500 000 DM. Der Verwendungszweck bei den Unternehmen sei nicht in Programmen festgelegt, sondern richte sich nach den jeweils notwendigen Betriebsfinanzierungen. Dabei bedeute eine Bürgschaft über 100 000 DM für ein Unternehmen, daß im Schnitt sechs Arbeitsplätze erhalten werden könnten. Herr Köberle erläutert weiter, daß die Bürgschaftsbank in erster Linie Geschäfte im handwerklichen Bereich tätige. Deshalb habe auch die derzeit allgemein schlechte Situation in diesem Bereich zu einem sprunghaften Anstieg der in Anspruch genommenen Kredite geführt. Er rechne für 1996 mit zirka 18 Millionen DM abzurechnenden Ausfällen. Ein Ausfallrisiko bestehe jedoch bei 95 % der Fälle nicht.

Im Zusammenhang mit Ausführungen zum vorgelegten Geschäftsbericht weist Herr Köberle auf eine zusätzliche Aufgabe der Bürgschaftsbank hin. Diese Aufgabe bestehe darin, daß die Bürgschaftsbank aufgrund eines Treuhandvertrages für das Land Schleswig-Holstein Bürgschaftsverwaltungs- und Bürgschaftsberatungsaufgaben übernehme.

Im folgenden stellt GF Wegener anhand der dem Ausschuß vorgelegten Übersicht (Umdruck 14/148) unter anderem die Beteiligungsprogramme der MBG, ihre Zielgruppe und die durchschnittliche Höhe der Beteiligungssummen dar.

Auf die in der folgenden Aussprache von Abg. Müller aufgeworfenen Fragen erwidert Herr Köberle, daß es 1995 eine Ablehnungsquote von zirka 4 % gegeben habe, die damit niedriger als in den Jahren zuvor ausfalle. Die Gründe für diese Ablehnungen seien betriebswirtschaftlicher Art. Bezüglich der Bewerber, die keine Hausbank als Mittler für eine Antragstellung haben, erklärt Herr Köberle, daß er diese Zahl niedriger als die von Abg. Müller genannten 40 % einschätze.

Ausgelöst durch Bemerkungen von Abg. Aschmoneit-Lücke erklärt Herr Köberle, daß es unbedingt notwendig sei, Existenzgründern die Möglichkeit einer Marketingberatung zu bieten. Dazu gebe es auch schon Ideen, die aber noch nicht umgesetzt werden konnten. Die Zeit, die von der Antragstellung bis zur Bewilligung oder Ablehnung vergehe, betrage bei der Bürgschaftsbank vier bis sechs Wochen. Herr Wegener ergänzt für die MBG, daß der Zeitraum bis zur Valutierung oft mehrere Monate betrage. Es müsse noch daran gearbeitet werden, diese Zeitspanne erheblich zu verkürzen.

Zu Fragen der Abgeordneten Hars, Müller und Rodust führt Herr Köberle weiter aus, daß unter den Antragstellern erfreulich viele Frauen seien und daß generell das Alter der Nachfrager bei der Bewilligung eines Kredites nur eine sehr untergeordnete Rolle spiele. Bei der Bürgschaftsbank gebe es keinen speziellen "Feuerwehrfonds". Es werde jedoch versucht, die Unternehmen in einer schwierigen Situation durch Beratung und andere Hilfen zu unterstützen. Herr Wegener ergänzt, daß es im Rahmen der Investitionsbank einen Härtefonds gebe, aus dem bei Gefährdung von Arbeitsplätzen zinsverbilligte Darlehen ohne Sicherheiten bis zu 100 000 DM geleistet werden könnten.

Auf die Frage, inwieweit ökologische Gesichtspunkte bei der Bewilligung berücksichtigt würden, antwortet Herr Wegener, daß man bei Beteiligungen auf das Einhalten ökologischer Ansprüche achte und daß in Zweifelsfällen das Umweltministerium eingeschaltet werde. Dies sei bei etwa 10 % der Fälle notwendig.

Abg. Hentschel spricht sodann unter anderem die Konkurrenz zu den Banken an. Herr Wegener stellt dazu fest, daß die Tätigkeit der MBG anerkanntermaßen wettbewerbsneutral sei.

Abg. Kayenburg möchte wissen, wie das Marketing der Bürgschaftsbank und der MBG in eigener Sache aussieht. Herr Köberle antwortet, daß Werbung in erster Linie durch Mundpropaganda und über beteiligte Kammern und Verbände betrieben werde. St Dr. Schmid unterstreicht, daß 18 beantragte Bürgschaften bei der MBG im Zeitraum von Januar bis September d. J. ein Indiz dafür seien, daß die Gesellschaft einen hohen Bekanntheitsgrad habe.

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, erkundigt sich nach der Arbeit der Beteiligungsgesellschaft mit Blick auf Osteuropa. Dazu erklärt Herr Köberle, daß die Bürgschaftsbank im Rahmen des europäischen Verbundes die Aufgabe übernommen habe, bei der Einrichtung von Bürgschaftsbanken in osteuropäischen Ländern zu beraten und zu unterstützen.

Auf Fragen zur Höhe der Ausfälle im laufenden Jahr antwortet Herr Wegener, die erwarteten Ausfälle seien sicher nicht höher als die Höhe der Gewinne, die vor der Abschreibung zu erwarten seien.

Abschließend informiert St Schmid den Ausschuß darüber, daß das Wirtschaftsministerium zur Zeit an einer umfassenden Existenzgründungsoffensive arbeite, die unter anderem auch Fragen zu Beratungsleistungen, die schon im Vorfeld von Existenzgründungen stattfinden sollten, abdecke. Eine umfassendere Bewertung guter Ideen durch alle Banken, nicht nur der MBG und der Bürgschaftsbank, könnte dadurch erreicht werden, daß die Bankinstitute zum Beispiel die Dienstleistungen der ttz in Anspruch nehmen könnten. Um die Zahl der Existenzgründungen von Frauen zu unterstützen, sei es notwendig, daß auch geringere Kreditsummen, zum Beispiel schon in der Größenordnung von 50 000 DM, von den Banken bewilligt würden.



Punkt 2 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 14/127

Ohne weitere vertiefte Aussprache nehmen die Ausschußmitglieder den Umdruck 14/127 zur Kenntnis. - Nach einem Hinweis von Abg. Kayenburg zur Textziffer 6, Angaben über den Einsatz moderner Schienenfahrzeuge sowie der weiteren Planungen des Einsatzes modernen Wagenmaterials, werden die Vertreter des Wirtschaftsministeriums den sich aus der Formulierung zum Einsatz der "redesignten Silberlinge" auf der Strecke Hamburg - Westerland ergebenden Widerspruch schriftlich aufklären.

Unter Punkt **Verschiedenes** spricht der Ausschuß auf Bitten von Abg. Müller an St Dr. Schmid die Einladung zur Teilnahme an der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 23. Oktober d.J. in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Stiftungsrates der Technologiestiftung aus. In dieser Sitzung soll der Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1995, Drucksache 14/203, beraten werden.

Für die Dezember-Sitzung des Ausschusses nehmen die Ausschußmitglieder den Tagesordnungspunkt "Kriterien für den Radwegebau" in Aussicht. MR Wannek nennt als möglichen Zeitpunkt für die Vorlage des "Fahrradprogrammes" der Landesregierung den Monat November.

St Dr. Schmid informiert die Ausschußmitglieder über erste Reaktionen der EU-Kommission auf die Neuabgrenzung der Fördergebietskulisse der Gemeinschaftaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", die vom Bund-Länder-Planungsausschuß am 3. Juli 1996 beschlossen wurde. Hierzu gibt St Dr. Schmid den Ausschußmitgliedern den Umdruck 14/155 zur Kenntnis.

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, schließt die Sitzung um 12.00 Uhr.

gez. Schmitz-Hübsch  
Vorsitzende

gez. Neil  
Geschäfts- und Protokollführer